

Frau Wollenberger(Bündnis 90/Grüne):

Herr Minister Wünsche! Ich hatte Sie gefragt, ob Sie die ganze Zeit im Parteivorstand gewesen sind, und wenn ja, ob Sie das als politisches Abseits bezeichnen?

Prof. Dr. Wünsche, Minister der Justiz:

Ich bin 1972 aus den genannten Funktionen und aus der des Politischen Ausschusses des Zentralvorstandes der LDPD, also des Parteipräsidiums entfernt worden. Ich blieb - das ist zutreffend - über diese Zeit eines der 120 oder 130 Mitglieder des Zentralvorstandes dieser Partei und habe in diesen 15 Jahren in diesem Zentralvorstand einmal das Wort ergreifen dürfen.

(Unruhe im Saal)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Danke schön.

(Frau Wollenberger, Bündnis 90/Grüne: Ich habe noch eine Frage.)

Die Zeit für die Fragestunde ist vorbei. Herr Minister, Sie können entscheiden, ob Sie die Frage beantworten wollen.

(Prof. Dr. Wünsche: Ja, bitte.)

Frau Wollenberger (Bündnis 90/Grüne):

Ich habe vor drei Monaten dem Ministerium für Justiz mit einer Ablichtung für den Herrn Minister eine Anregung für ein Disziplinarverfahren gegen meinen ehemaligen Rechtsanwalt Schnur übergeben, das ich für notwendig hielt nach der Akteninsicht, die mir vom Obersten Gericht gewährt wurde.

Es ist mir in drei Monaten nicht einmal eine Eingangsbestätigung dieser Anzeige zugegangen von Ihnen oder vom Ministerium. Das erinnert mich sehr an die Praktiken vor der Wende.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Das war eigentlich keine Zwischenfrage, trotzdem ist die Reaktion ...

(Frau Wollenberger, Bündnis 90/Grüne: Ich frage, was daraus geworden ist.)

Prof. Dr. Wünsche, Minister der Justiz:

Frau Abgeordnete, ich glaube, daß wir wiederholt persönlich Gelegenheit hatten - Sie werden sich erinnern -, über die Angelegenheit Schnur zu sprechen.

(Frau Wollenberger, Bündnis 90/Grüne: Das war etwas anderes.)

Wir hatten persönlich Gelegenheit dazu.

Was das Disziplinarverfahren anbetrifft, so ist das zur Zeit wegen einer sehr ersten Erkrankung des Herrn Schnur, der ja auch nicht in der Lage ist, anwaltliche Tätigkeit auszuüben, nicht durchführbar.

(Frau Wollenberger, Bündnis 90/Grüne: Ich habe nach der Bestätigung gefragt.)

(Zwischenrufe und Unruhe)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Damit ist der Tagesordnungspunkt 1, die Fragestunde beendet.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

Aktuelle Stunde

Die Fraktion der Deutschen Sozialen Union hat gemäß § 38 unserer vorläufigen Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zum Thema

„Die aktuelle Situation beim Aufbau und bei der Förderung mittelständiger Kleinunternehmen in Handwerk und Gewerbe“

verlangt. Nach diesem Paragraphen der Geschäftsordnung muß solch Aktuelle Stunde durchgeführt werden, und das Präsidium hat auch darüber Einvernehmen erzielt.

Da die Fraktion der DSU diese Aktuelle Stunde als erste beantragt hat, hat sie hier auch als erste das Wort.

Ich bitte den Abgeordneten Franke von der Fraktion der DSU um seinen Beitrag.

Franke für die Fraktion der DSU:

Meine Damen und Herren! Die Regierung hat Maßnahmen zur Entwicklung leistungsfähiger mittelständischer Unternehmen in Handwerk und Gewerbe beschlossen. Aber wie sieht denn die Situation im Lande aus? Wie werden diese Maßnahmen durchgesetzt?

Die Abgeordneten der DSU-Fraktion bekommen fast täglich aus der Bevölkerung Post mit Anfragen und mit der Bitte um Unterstützung bei der Bearbeitung von Gewerbeanträgen. B; der Neugründung und Erweiterung von Handwerks- und Gfc—' werbebetrieben erweisen sich der jetzige Stand und die Situation als katastrophal.

Als entscheidendes Hemmnis müssen dabei der nicht ausreichende Bestand an Gewerberäumen und das schleppende und vor allem bürokratische Bearbeiten von Anträgen angesehen werden.

Aber auch Manipulationen, widersprüchliche Entscheidungen in den Städten und Kreisen sind an der Tagesordnung.

Wir wollen doch einmal die Dinge beim Namen nennen: Überall sind noch die alten Strukturen vorhanden. Viele Leiter - nicht alle - haben nur ihr Parteiabzeichen entfernt; ihr Arbeitsstil und ihre Einstellung sind die alten geblieben. Diese Mitarbeiter müssen unbedingt aus diesen verantwortlichen Positionen entfernt werden.

Die DSU-Fraktion fordert zur schnellen Bearbeitung von Gewerbeanträgen eine Beseitigung aller noch vorhandenen Hindernisse und die Realisierung einer kurzen Bearbeitungszeit der Anträge.

Wir fordern ferner, die von der Bundesbank zur Finanzierung^{^^} bereitgestellten Kredite schnellstmöglich und unbürokratisch zu Verfügung zu stellen.

Die zuständigen Ministerien sollten weitere Maßnahmen einleiten, um diese Probleme in den Kommunen unter größter Priorität zu lösen.

Meine Damen und Herren! Die DSU-Fraktion schlägt die Gründung von Ausschüssen oder Kommissionen in den Kommunen vor, die den ganzen Komplex Gewerberaum rasch und vor allem unbürokratisch entscheiden.

Zu diesen Komplexen könnte z. B. eine sach- und fachgerechte Beratung gehören, Gewerberaumbeschaffung bzw. -genehmigung und Beratung bei der Bereitstellung von Krediten. Ungenutzte bzw. durch Betriebe und Verwaltungen nicht effektiv ausgelastete Räume oder durch Strukturmaßnahmen freiwerdende Räume müßten festgestellt und erfaßt werden.

Ich bin auch der Meinung, daß die Gebäudewirtschaft zur Zeit nicht in der Lage ist, eine gründliche und rasche Entscheidung zu treffen. Es gibt Beispiele, die aufzeigen, daß Räume vorhanden sind, die nicht richtig genutzt werden und die sogar monatelang leer stehen. Im Zuge der erforderlichen raschen Neugrün-